



Besser für alle: Mindestlohn ist Minimum!

Ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8 Euro hat also viele Vorteile für die meisten Menschen in Deutschland. Trotzdem wettern fast alle Parteien und die meisten Medien gegen einen gesetzlichen Mindestlohn. Zeit also, mit einigen Vorurteilen aufzuräumen.

Der Mindestlohn stärkt die Tarifautonomie

Er stellt eine Untergrenze dar, die nicht unterschritten werden darf. Wenn die Gewerkschaften Löhne vereinbaren, die über dem Mindestlohn liegen, so können diese zum branchenspezifischen Minimum erklärt werden.

Der Mindestlohn schützt kleine Unternehmen vor Lohnkonkurrenz

Vielerorts wird er für Lohnsteigerungen sorgen. Bei Einführung des Mindestlohns sind Übergangsfristen geplant, damit auch kleine Unternehmen die Lohnsteigerung wirtschaftlich verkraften können. Ein Mindestlohn unterbindet zudem die Lohnkonkurrenz. Für alle Betriebe gelten dieselben Bedingungen. Außerdem stärkt der Mindestlohn strukturschwache Regionen, indem er die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen erhöht.

Der Mindestlohn verringert die Arbeitslosigkeit

Es gibt keinen Zusammenhang zwischen Mindestlohn und Arbeitslosigkeit. In Deutschland ist die Arbeitslosenquote deutlich höher als in vielen europäischen Nachbarländern mit Mindestlohn. In vielen Ländern ist sie nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns sogar gesunken.

Der Mindestlohn verhindert Arbeitsplatzverlagerungen

Zwei Drittel aller Armutslöhne werden in der Dienstleistungsbranche bezahlt. Dienstleistungen, wie etwa im Bäckereifachverkauf, im Wachdienst oder im Frisörhandwerk, sind ortsgebunden und können nicht ins Ausland verlagert werden.

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 6128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de



www.8euro.de



200 Stunden für einen Hungerlohn

Lena, 29, arbeitet bei einer Wachgesellschaft in Bottrop, 50 Stunden die Woche. Für einen Stundenlohn von 4,50 Euro. Das ergibt einen monatlichen Bruttolohn von 967,- Euro. Damit lässt sich nicht gut leben.

Armut trotz Arbeit

Andreas, 54, lebt in Jena. Er ist Kellner. Er bekommt einen Stundenlohn von 5,20 Euro. Bei 40 Stunden pro Woche hat er am Monatsende 894,- Euro brutto. Andreas lebt in Armut – trotz Arbeit.

Anhaltendes Lohndumping

Gisela, 42, ist Bäckereiverkäuferin in München. Dafür bekommt sie zurzeit 8,15 Euro pro Stunde. Ihr droht die Entlassung. Sie soll durch zwei Mini-Jobberinnen ersetzt werden, die jeweils nur 4,70 Euro pro Stunde erhalten. Kein sozial gerechter Mindestlohn, kein Schutz vor Lohndumping.

Lena, Andreas und Gisela sind keine Einzelfälle. In Deutschland leben 2,7 Millionen Frauen und 1,1 Millionen Männer trotz Vollzeitarbeit in Armut. Sie müssen mit weniger als der Hälfte des durchschnittlichen monatlichen Bruttolohns (1.470 Euro) über die Runden kommen. Besserung ist nicht in Sicht. Es ist Zeit zu handeln, denn Arbeit darf nicht arm machen!

DIE LINKE. fordert einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8 Euro brutto pro Arbeitsstunde

Am 1. Juni 2006 behandelte der Bundestag den Antrag der Fraktion DIE LINKE. In diesem Antrag fordert sie die Bundesregierung auf, unverzüglich einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, um den gesellschaftlichen Missstand von Armut trotz Arbeit zu beenden. Über den Antrag wurde in namentlicher Abstimmung entschieden. Er wurde mit großer Mehrheit abgelehnt: CDU/CSU, FDP und Grüne stimmten geschlossen dagegen. Auch die SPD lehnte den Antrag ab: Nur ein einziges Mitglied der 202-köpfigen Fraktion unterstützte die Initiative.

DIE LINKE. steckt nicht auf. Im Herbst wird sie einen neuen Antrag einbringen, der einen konkreten Vorschlag für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unterbreitet. Dieser Antrag ist nachzulesen unter: www.8euro.de/downloads/antrag_mindestlohn_20060516.pdf

Mehr soziale Gerechtigkeit durch den gesetzlichen Mindestlohn

Ein gesetzlicher Mindestlohn definiert eine Untergrenze. Löhne, die darunter liegen, sind illegal. Er legt also fest, wie viel Geld für eine Arbeitsstunde mindestens bezahlt werden muss.

Von einem Mindestlohn profitieren vor allem Frauen. Bei uns arbeiten fast 4 Millionen Menschen trotz Vollzeit-Erwerbstätigkeit zu Hungerlöhnen. Millionen Frauen und zunehmend auch Männer verdienen zudem in Teilzeit-Jobs weniger als 8 Euro brutto pro Stunde.

Mindestens 8 Euro pro Arbeitsstunde muss sein

Lohn zum Leben heißt mindestens 8 Euro pro Arbeitsstunde. Dann liegt das Netto-Entgelt bei Vollzeitarbeit mindestens auf der Höhe der Pfändungsfreigrenze von derzeit 985 Euro. Wer weniger als 985 Euro im Monat bekommt, darf trotz Verschuldung nicht gepfändet werden.

8 Euro brutto sind jedoch nur der Anfang: Um Armut trotz Arbeit zu verhindern, muss der Mindestlohn steigen. Das sehen übrigens auch die Gewerkschaften ver.di und NGG so. Zwar fordern sie als Einstieg einen Mindestlohn von 7,50 Euro. Sie verfolgen aber das gleiche Ziel wie DIE LINKE.: Armut trotz Arbeit verhindern!

Mit Mindestlohn gegen Lohn-Diskriminierung von Frauen

In Deutschland sind die Lohnunterschiede zwischen Frau und Mann besonders groß, viel größer als in anderen europäischen Ländern. Schlimmer noch: Während sich diese Unterschiede in unseren Nachbarländern verringern, werden sie bei uns größer. Ein Mindestlohn sorgt für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Denn er ist ein Schritt in Richtung gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.

Mindestlohn garantiert Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Wer Hungerlöhne bekommt, geht kaum ins Kino, ins Theater oder zum Sport, ja kann sich oft nicht einmal das Busticket leisten. Ein gerechter Lohn sorgt dafür, dass viele Menschen wieder am öffentlichen Leben teilnehmen können.

